



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 0836390

P/XVI/152 - 10. Juli 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

| | | |
|-------|--|-----|
| 1 | <u>Die grossen Nullen</u> Adenauers Nein zum Gedanken einer Friedenskonferenz | 43 |
| 2 - 3 | <u>Wegweiser in die Zukunft</u> Zur Tagung sozialdemokratischer Frauen in Oberhausen | 107 |
| 4 - 5 | <u>Forschungsstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung</u> Erster Tätigkeitsbericht zeigt beachtliche Leistungen | 61 |
| 5 | <u>Oberländer ante portas?</u> CDU-Partei Spitze geteilter Meinung | 20 |
| 6 - 7 | <u>Jugoslawiens Aussenminister in Moskau</u> Gespräche im Vorfeld der Konferenz der Neutralen Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher | 55 |

* * *

Zur Beachtung:

Wir veröffentlichen in unserer Dienstag-Ausgabe einen Artikel von Dr. Alex M ö l l e r, Mitglied der SPD-Mannschaft, über das in der ganzen Welt stark beachtete Buch von Fritz Sternberg

"Wer beherrscht die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts?"

* * *

Die grossen Nullen

Adenauers Nein zum Gedanken einer Friedenskonferenz

sp - Seitdem Willy Brandt davon gesprochen hat, dass eine Friedenskonferenz der früheren Kriegsgegner Deutschlands erwägenswert sei, ist endlich auch die CDU/CSU munter geworden. Allerdings negativ. Bis dahin beschränkte sich die CDU/CSU-Prominenz auf den Hinweis, der Westen werde in jedem Falle fest bleiben. Jetzt wird Wind gemacht; es wird aber nicht analysiert, es wird nicht geprüft, ob nicht doch in dem Gedanken einer Friedenskonferenz etwas stecken könne - man sagt lediglich Nein! Adenauer, Strauss, von Guttenberg, Majonika, kurz alles, was die Kanzlerriege aufzubieten hat, wird losgelassen gegen Willy Brandt.

Merkwürdig, seitdem sich Staatssekretär Dr. von Eckardt auf die Würde eines Bundestagsabgeordneten vorzubereiten die Ehre hat, scheint es im Kanzlerpalais mit der zügigen Information nicht mehr so ganz zu klappen. Früher hätte man dem Herrn Dr. Adenauer vor Antritt einer Wahlreise ein paar Zettelchen in die Tasche gesteckt, um ihn beizubringen, was im Ausland wirklich los ist.

Hätte Herr von Eckardt richtig gespürt, dann wäre der Bundeskanzler in München sicher darüber informiert gewesen, dass nicht nur US-Präsident Kennedy, sondern auch Frankreichs Ministerpräsident Debré und der französische Aussenminister Couve de Murville den Gedanken einer Friedenskonferenz durchaus nicht mit einer Handbewegung abtun. Auch der sehr einflussreiche demokratische Senator Fulbright hat sich am Wochenende für eine grosse Friedenskonferenz eingesetzt.

Nun gibt sich wohl niemand im Westen der Illusion hin, dass eine Friedenskonferenz auf Anhieb alle Probleme lösen würde, die zwischen dem Osten und Westen in Europa anstehen. Es ist auch keineswegs davon die Rede - weder in Washington, London noch Paris -, die westliche Initiative für eine Friedenskonferenz von einem Nachlassen der Verteidigungsbereitschaft gegenüber sowjetischen Gewaltandrohungen begleiten zu lassen. Nur sagt man sich im Westen, man könne auf die Dauer wohl nicht so tun, als wollte man ganz auf den Versuch verzichten, durch eigene Vorschläge die Verhandlungen über die Lösung des Deutschlandproblems ins Rollen zu bringen.

Genau darauf aber verzichtet der Bundeskanzler und Parteivorsitzender der CDU. Unter Bestandsaufnahme der Möglichkeiten einer wirkungsvollen deutschen Politik verstehen er und seine Freunde die Unterwerfung der SPD unter sein Parteidiktat. Das ist Wahlkampf, aber keine Staatspolitik. So demonstrieren sich die grossen Nullen.

Man darf wohl damit rechnen, dass die westlichen Verbündeten der Bundesrepublik die Münchner Rede Adenauers nicht allzu ernst nehmen. Etwas Nachsicht für den alten Herrn ist angebracht, zumal man ja inzwischen auch weiss, dass seine Reden nicht immer als bare Münze zu werter sind.

* * *

Wegweiser in die Zukunft

ler. - Die vielen Begrüssungstelegramme und die grosse Anzahl ausländischer Gäste gaben Zeugnis von der starken Beachtung, die die Arbeit sozialdemokratischer Frauen im In- und Ausland findet. Die in der Deutschen Sozialdemokratie wirkenden Frauen haben schon längst einen hervorragenden Platz im öffentlichen Leben erobert, innerhalb dieser Partei ist die Gleichberechtigung verwirklicht. Frauenfrage, Arbeiter- und Soziale Frage waren Kinder einer gleichen Zeit. Mächtige Impulse zu ihrer Lösung kamen und kommen von einsichtigen Männern und Frauen und stammen vor allem von der Sozialdemokratie, die auch heute nach dem gleichen Gesetz handelt, nach dem sie angetreten ist: den Staat und die Gesellschaft zu vermenslichen, sie so zu gestalten, dass in ihr der Mensch zur vollsten Entfaltung seiner Begabungen und Persönlichkeit gelangen kann.

Diese Aufgabe stellt sich immer wieder neu, sie verlangt das stete Bemühen, den gesellschaftlichen Veränderungen auf der Spur zu bleiben. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, wie sie in der Frühzeit des Kapitalismus erfolgte, ist in den Industrienationen fast verschwunden, aber neue Gefahren, Abhängigkeiten und Verflechtungen bedrohen die Freiheit und Würde des Menschen. Sogar gesichertes Recht, in unserem Grundgesetz verankert, liegt innerhalb der Gefahrenzone. Vorurteile, Überlieferung und dem Gestern verhaftete Vorstellungen wirken mächtig in die Gegenwart hinein und stemmen sich den Erfordernissen von morgen entgegen. Die in den letzten Jahren sichtbar gewordene Tendenz der Konfessionalisierung und Aufspaltung unserer gesellschaftlichen Einrichtungen, von der grössten Regierungspartei intensiv und nicht ohne Erfolg gefördert, sind alarmierende Warnzeichen, sind Niederschlag des Bestrebens, das Rad unserer Zeit zurückzudrehen. Der schwer erkämpfte Grundsatz der Gleichberechtigung der Geschlechter, zwar allgemein anerkannt und ebenfalls im Grundgesetz verankert, findet in weiten Bereichen des öffentlichen Lebens keine entsprechende Verwirklichung, stösst auf Ressentiments und Widerstände. Hier hat sich die demokratische Gesellschaft noch zu bewähren, hier sind klaffende Lücken auszufüllen.

Nur 3,2 Prozent Frauen im höheren Dienst

So zählt die Frau als Universitätslehrer oder Dozent immer noch zu den Ausnahmefällen, und besonders krass wirkt sich der Unterschied in den Aufsteigechancen zwischen männlichen und weiblichen Arbeitskräften aus. Nach einer Aufstellung des Statistischen Bundesamtes sind im höheren Dienst des Bundes Ende 1960 nur 3,2 Prozent der Beamten und Angestellten Frauen gewesen; ein geradezu aufreizendes Missverhältnis, dem die systematische Abwertung der Stellung der Frau im öffentlichen Leben zugrunde liegt. Freilich ist auch nicht zu übersehen: viele Bereiche, einst den Frauen verschlossen, sind ihnen heute geöffnet und beanspruchen Anforderungen, denen unser Erziehungssystem und Berufsausbildung nur unvollkommen entspricht.

Symbol: Eine Frau an der Spitze der Industriestadt

Die Stellung der modernen Frau in der demokratischen Gesellschaft war das beherrschende Thema, dem sich die letzte Tagung sozialdemokratischer Frauen widmete. Schon die Wahl des Tagungsortes, der jungen aufstrebenden Industriestadt **O b e r h a u s e n** am nordwestlichen Rand des Ruhrgebietes, Wiege der Ruhrindustrie, wirkte symbolisch. Diese Stadt von 250 000 Einwohnern, der Kohle, Eisen und Stahl das bestimmende Gepräge geben, wird von einer Sozialdemokratin regiert, von ihrer "Luise", wie die Oberhausener von ihrem weiblichen Oberbürgermeister mit Respekt und Zuneigung sagen. **L u i s e A l b e r t z** steht, von kurzer Unterbrechung abgesehen, seit 1946 an der Spitze dieser Stadt, unter ihrer klugen, vorausschauenden Planung erfolgte der Wiederaufbau, erstand Oberhausen moderner

als zuvor. Luise Albertz steht für viele andere in der Sozialdemokratie wirkende Frauen. Sie liefern, wenn es dessen überhaupt noch bedurfte, den Beweis, dass die Gesellschaft befruchtet und bereichert wird, wenn sie den Frauen Gelegenheit gibt, sich zu entfalten und zu bewähren. Alle tragen den Nutzen. Das Tor muss nur weit genug aufgetan werden und es müssen nur die Bedingungen und Voraussetzungen geschaffen werden, um den Frauen den Platz im öffentlichen Leben einzuräumen, der ihnen kraft ihrer Zahl und ihrer Bedeutung als Berufstätige, Mütter und Verbraucher in der Industriegesellschaft gebührt.

Das sind die Probleme und Forderungen

Die sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete und Mitglied der Mannschaft Käthe Strobel wusste darüber in ihrem klugen und gedankenreichen Grundsatzreferat, das wertvolle Ergänzung durch Teilreferate ausgezeichneter Expertinnen fand, viel Wegweisendes und Grundlegendes zu sagen.

- * Erziehung und Bildung, Vorbereitung zum Berufs- und Erwachsenenleben,
- * die Versachlichung der Arbeitswelt, die offenen Fragen der arbeitsteiligen Gesellschaft, die Bedeutung der Familie als Ort emotionaler Sicherheit und unmittelbarer menschlicher Beziehung, die Gleichberechtigung verschiedener Aufgaben und Rollen der Frau in Familie und Gesellschaft, das für eine Wohlstandsgesellschaft wohl beschämendste Phänomen, dass Mütter schulpflichtiger Kinder arbeiten müssen, weil das Einkommen des Mannes zu gering ist, die Kontaktarmut und Isolierung der alleinstehenden Frau, die erschreckende Tatsache, dass jährlich 12 000 Frauen in der Bundesrepublik im Wochenbett sterben müssen, weil es an Krankenhausbetten fehlt, die Doppelbelastung der Frau als Mutter und Berufstätige -

all dies gab die Stichworte für eine mit tiefem Ernst und grosser Sachlichkeit geführten Diskussion. Nicht nur die Älteren lieferten dazu ihre Beiträge, Überraschend viele Jüngere, die den zweiten Weltkrieg als Kinder erlebten, versuchten ein wirklichkeitsnahes Bild der Frau von heute zu zeichnen. Offenheit, eine undogmatische, dem Neuen und Notwendigen aufgeschlossene Einstellung, das Bewusstsein, Verantwortung zu tragen, gaben dieser Diskussion Farbe. Hier sprachen Frauen, die wissen, wo sie stehen und was zu tun ist, Staat und Gesellschaft, in denen wir leben, freundlicher, schöner, gesünder und zeitgerechter zu gestalten.

SPD - Rolle des Bahnbrechers

Ist es nur ein Zufall, dass die Mehrzahl der politisch gefestigten, der Zukunft zugewandten, nach einer besseren Welt strebenden, alle Vorurteile bekämpfenden und um ihren gerechten Platz in der Gesellschaft ringenden Frauen der Sozialdemokratie zuneigt? Sie ist die Partei, die von ihrem Ursprung und ihrer Zielsetzung her bestrebt ist, der Demokratie Fülle, Blut und Leben zu geben und in ihr ein Höchstmaß an Gerechtigkeit zu verwirklichen. Die Frau, einst Objekt, heute gewichtiger Faktor in der Gesellschaft, hat den ihr gebührenden Platz noch nicht ganz gefunden, sie hat noch viele Hindernisse zu überwinden, um den Aufgaben gewachsen zu sein, die die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts an Volk und Staat stellt. Die Gesellschaft andererseits lässt es oft an notwendiger Verständnis fehlen, den Frauen den Weg zu öffnen, der ihnen Entfaltung und Lebenserfüllung bringt. Hier erfüllt die Deutsche Sozialdemokratie die Rolle eines Bahnbrechers; die Tagung in Oberhausen und das sozialdemokratische Regierungsprogramm zeugen davon. Hier finden drängende Fragen einer in revolutionären Wandel befindlichen Zeit, die auch die Stellung der Frau tief berührt, ihre Beantwortung.

Forschungsstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung

Erster Tätigkeitsbericht zeigt beachtliche Leistungen

sp - Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat vor nunmehr zwei Jahren ihre Tätigkeit um die Forschungsstelle erweitert. Die Arbeit der Forschungsstelle steht in engem Zusammenhang mit den anderen staatsbürgerlichen und internationalen Tätigkeiten der Friedrich-Ebert-Stiftung, besonders auf dem Gebiete der Entwicklungsländer.

Aus dem jetzt veröffentlichten ersten Bericht der Forschungsstelle ergeben sich interessante Schwerpunkte der Arbeit. Neben sozialpolitischen Studien und wirtschaftspolitischen Untersuchungen, die sich auf die Bundesrepublik beziehen, treten wirtschaftspolitische Analysen zur Frage der europäischen Zusammenarbeit und besonders zu Problemen der Entwicklungsländer. Von den wirtschaftspolitischen Studien dürfte neben der vor einiger Zeit erstellten Untersuchung über Probleme der Energiewirtschaft eine Arbeit über die praktische Anwendung des Nationalbudgets im westeuropäischen Ausland wichtiges Material für die wirtschaftspolitische Diskussion in Deutschland liefern. Desgleichen greift eine Studie über die im Jahre 1960 herausgegebenen Berichtigungsaktien ein heisses wirtschaftspolitisches Eisen an. Auch ihre Veröffentlichung darf man mit Spannung erwarten.

Die Studien über Probleme der Entwicklungsländer stellen eine Reihe bisher ungenügend beachteter Schwerpunkte heraus. Neben einer umfassenden internationalen Bibliographie der Entwicklungsländer-Literatur, die schon heute etwa 15 000 Titel enthält, stehen Analysen der Ostblock-Tätigkeit in den Entwicklungsländern, der genossenschaftlichen Unternehmen, der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen und der Erwachsenenbildung. Weitere Studien über Fragen der Heimindustrie und Probleme der Finanzpolitik in den Entwicklungsländern sind in Angriff genommen.

Dieses Forschungsprogramm zeigt, dass die Forschungsstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung die Fragen der Entwicklungsländer nicht einseitig unter einem zu engen wirtschaftspolitischen Gesichtspunkt sieht, sondern dass sie die sozialen und politischen Probleme, die von besonderem Interesse sind, mit in ihr Betrachtungsfeld einbezogen hat.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung dürfte heute die einzige Organisation sein, die in der Bundesrepublik die Aktivität des Ostblocks in den Entwicklungsländern systematisch und kontinuierlich verfolgt. Auch die Fragen der Erwachsenenbildung sind unseres Wissens bisher von keiner anderen deutschen Stelle wissenschaftlich untersucht worden. Mit der Arbeit über die Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen greifen die Forschungsarbeiten der Friedrich-Ebert-Stiftung bis in die aktuellen politischen Entwicklungen Afrikas und Asiens hinein. So ist zu erwähnen, dass die Friedrich-Ebert-Stiftung in Kürze die erste ausführliche Dokumentation in deutscher Sprache zur Ersten Pan-Afrikanischen Gewerkschafts-Konferenz in Casablanca veröffentlichen wird.

Ein besonderes Kennzeichen der Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung ist, dass die wissenschaftlichen Untersuchungen von Fachtagungen in der Heimvolkshochschule in Bergneustadt begleitet werden und so eine gegenseitige Anregung und die Berücksichtigung einer Vielzahl von Gesichtspunkten möglich ist. Von den bisher veranstalteten Fachtagungen sind zu nennen: Die wirtschaftliche Einigung Europas, Übernationale Energiepolitik und Wirtschafts- und Entwicklungshilfe.

Neben der sozial-wissenschaftlichen Abteilung der Forschungsstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung ist im vergangenen Jahr damit begonnen worden eine historische Abteilung aufzubauen. Im Zusammenhang mit dieser historischen Abteilung der Forschungsstelle wird das Archiv für Sozialgeschichte herausgegeben, dessen erster Band soeben erschienen ist (Redaktion Prof. Dr. Georg Eckert). Die nächste Studie der historischen Abteilung betrifft die Dokumentation zur Vorgeschichte des ersten Weltkrieges. - Neben dem Archiv für Sozialgeschichte veröffentlicht die Forschungsstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung eine eigene Schriftenreihe und die Vierteljahresberichte zur Ostaktivität in den Entwicklungsländern.

+ + +

Oberländer ante portas ?

CDU-Parteispitze geteilter Meinung

sp - Der frühere und von Dr. Adenauer entlassene Bundesvertriebenenminister Dr. Oberländer ist nach wie vor hartnäckig bemüht, die bundesrepublikanische Politik davon zu überzeugen, dass er auch in der kommenden Legislaturperiode eine Rolle spielen muss. Neuerdings hat sich Oberländer auf die Aktivierung von Kontakten mit ehemaligen CDU-Funktionären in der Zone und sogar einem Kreis von BHE-Politikern, die mit der Fusion ihrer Partei mit der Deutschen Partei nicht zufrieden sind, konzentriert. Im Hintergrund dieser Aktivität scheint die Überlegung Oberländers zu stehen, eine Gruppe zusammenzufassen, die ihm als Plattform für künftige Aufstiegsmöglichkeiten innerhalb der CDU dienen sollte. Von der CDU-Parteiführung wird diese Aktivität Oberländers unterschiedlich bewertet. Während Kreise, die dem Bundestagspräsidenten Dr. Gerstenmaier nahestehen, das Verschwinden Oberländers aus der deutschen Politik befürworten, stellt sich der Parteivorsitzende Dr. Adenauer allen ihm gegenüber bisher geäußerten Warnungen taub. Auch Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Kai-Uwe von Hassel soll die Rührigkeit Oberländers mehr oder weniger begünstigen. Vom Auswärtigen Amt wurde der Bundeskanzler darauf hingewiesen, dass ein Wiederaufstieg Oberländers in der CDU und überhaupt in der deutschen Politik katastrophale Auswirkungen im Ausland haben würde.

+ + +

Jugoslawiens Außenminister in Moskau

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Harry Schleicher

Jugoslawiens Außenminister P o p o v i ć kann während seiner Gespräche in Moskau auf die offiziellen Reden verweisen, die Tito in jüngster Zeit zum Thema "Koexistenz" gehalten hat. Trotz aller antiwestlicher Kritik, die der jugoslawische Staatspräsident Tito anlässlich der 20-Jahrfeier des jugoslawischen Aufstandes im Zusammenhang mit der bundesdeutschen Aufrüstung übte, bescheinigte er dem Westen doch, dass in Belgrads Verhältnis zu einigen Ländern (Griechenland, Italien, Großbritannien und USA) die Gültigkeit der jugoslawischen Prinzipien der **Friedlichen** Koexistenz und Zusammenarbeit mit allen Staaten voll oder zumindest teilweise bestätigt würde. Ein solches als positiv eingeschätztes Verhältnis zum Westen konfrontierte der jugoslawische Staatschef mit den Belgrader Ostbeziehungen. Das Ergebnis war alles andere als rosig. Einige führende Staatsmänner der kommunistischen Welt seien in den antijugoslawischen Angriffen führend, während sie gleichzeitig guten zwischenstaatlichen Beziehungen das Wort redeten, unterstrich Tito.

Die erneute Hervorhebung des nicht immer in Belgrad so betont vertretenen Standpunktes, eine schärfere ideologische Auseinandersetzung lasse sich mit guten zwischenstaatlichen Beziehungen nicht vereinbaren, dürfte nicht zufällig zeitlich mit dem Besuch des jugoslawischen Außenministers Popović in Moskau zusammenfallen. Schon vor zwei Monaten, als der anberaumte Besuch wegen der unvorhergesehenen Genfer Laoskonferenz verlegt werden musste, war dies eine der am stärksten herausgestellten jugoslawischen Thesen. Dies legt die offiziell nicht zu bestätigende Vermutung nahe, dass dieser Fragenbereich von Belgrad zu einem der zentralen Punkte der sowjetisch-jugoslawischen Gespräche erhoben werden soll.

Eine gewisse entgegenkommende Geste hat die Moskauer "Prawda" bereits getan, als sie das historische Ereignis des jugoslawischen Aufstandes gegen die faschistische Besatzung umfangreich und freundlich

würdigte. Zum selben Thema kam der jugoslawische Botschafter in Moskau im sowjetischen Fernsehen zu Wort. Andererseits erschienen gerade in letzter Zeit in Ungarn und Rumänien größere Abhandlungen über Probleme des Revisionismus. Ob Moskau auf diese als prinzipielle ideologische Diskussion angesehene Form der Auseinandersetzung verzichten, beziehungsweise dann auch die übrigen osteuropäischen Staaten dazu anhalten will, bleibt abzuwarten.

Die schroffe Form der früheren Auseinandersetzung ist - bis auf China und Albanien, auf die Moskau ohnehin kaum noch wirkungsvollen Einfluss haben dürfte - längst aus der Ostblockpresse verschwunden, wofür man zu der Methode des Tot-schweigens Jugoslawiens übergegangen ist. Ob Moskau darüber hinaus Belgrad ideologische Stillhaltekonzessionen machen will, dürfte nicht zuletzt von der politischen Einschätzung der jugoslawischen Gastgeberrolle für die Konferenz der Staatschefs der neutralen Länder abhängen. Sollte der sowjetische Außenminister Gromyko Belgrad noch vor diesem Ereignis besuchen, könnte dies als ein Beweis für das Interesse an der Neutralistenkonferenz und damit auch Jugoslawien gewertet werden, das Moskau bisher herunterzuspielen suchte. In jedem-falle hat Popović bei seiner verlegten Moskareise einen Trumpf mehr in der Hand, als er bei dem ursprünglich für Mai vorgesehenen Besuch gehabt hätte, als noch nicht feststand, dass Jugoslawien die Gastgeberrolle für die neutralen Staaten zufallen wird.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel